

# PRESSEMITTEILUNG

13.09.2017

## **CDU-RATSFRAKTION SIEHT DEUTLICHEN NACHBESSERUNGSBEDARF BEIM NEUEN ORDNUNGSKONZEPT**

„Sicherheit und Ordnung sind die Grundlagen für ein friedliches und freiheitliches Zusammenleben in einer modernen Stadtgemeinschaft“, sagt **Jens Seidel**, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion. „Deshalb freuen wir uns, dass die Stadtverwaltung endlich eingesehen hat, dass es hier dringenden Handlungsbedarf gibt und einen Vorschlag für ein Sicherheits- und Ordnungskonzept auf den Weg gebracht hat – wie wir das schon seit Jahren gefordert haben.“ Doch der Entwurf des Stadtkämmerers reiche bei weitem noch nicht aus, so die Meinung der **CDU-Ratsfraktion**. „Eigentlich müsste man diesen Antrag komplett ablehnen – aber weil uns das Thema an sich so wichtig ist, haben wir einen umfassenden Änderungsantrag ausgearbeitet. Mehr als 30 Änderungen sind aus unserer Sicht notwendig“, so **Seidel** weiter.

„Damit der Effekt des neuen Ordnungsdienstes nicht verpufft, muss dieser erstens besser ausgestattet sein und zweitens tatsächlich auch zu den kritischen Zeiten im Einsatz sein“, sagt **Kerstin Seitz**, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Die **CDU-Ratsfraktion** fordert deshalb, den Ordnungsdienst an sieben Tagen in der Woche von 08:00 Uhr bis 24:00 Uhr einzusetzen. „Außerdem muss die Sicherheitspartnerschaft auf die Bundespolizei ausgedehnt werden, da der Bahnhof als zentraler Ort in der Innenstadt von diesem Konzept nicht ausgenommen werden darf“, ergänzt **Seitz**. Die Sicherheitspartner müssen sich zudem regelmäßig und nicht bloß anlassbezogen zum Austausch treffen. Auch sind andere Akteure wie u.a. aha und die Üstra hier einzubinden. Ferner fordert die **CDU-Ratsfraktion** eine Video-Überwachung neuralgischer öffentlicher Plätze. „Wie wir schon in einigen Fällen gesehen haben, trägt die Video-Überwachung zur Aufklärung von Straftaten bei und kann somit in Zukunft auch präventiv wirken“, begründet **Seitz** ihren Antrag.

Die **CDU-Ratsfraktion** formuliert in ihrem Antrag außerdem strengere Regeln für Straßenmusiker, ein Bettel-Verbot in der Innenstadt sowie die Forderung nach mehr Einsatz seitens der Stadt zur Bekämpfung von öffentlichem Drogenverkauf und -konsum.

„Um einen Großteil unserer Forderungen zu bündeln, haben wir die bestehende Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Hannover komplett überarbeitet und legen nun eine Neufassung als Gefahrenabwehrverordnung vor“, erläutert **Seitz**. Das trage auch zur Vereinheitlichung der ansonsten auf viele einzelne Rechtsquellen verteilten Regelungen bei.

„Bleibt zu hoffen, dass sich die Ratsmehrheit ernsthaft mit unseren Vorschlägen befasst und nicht in Bausch und Bogen alles ablehnt, nur weil **CDU** darüber steht“, so **Seidel** abschließend.

**Kontakt: Jens Seidel, Fraktionsvorsitzender der CDU-Ratsfraktion, Tel.: 0151 - 40 400 463;**  
**Kerstin Seitz, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Tel.: 0171 – 95 77 777**



**CDU** RATSFRAKTION  
HANNOVER